

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
In Halle vierteljährlich 2.50 M., bei
weinißner Zustellung 2.75 M., durch
die Post 3.25 M., auswärts Zustellungs-
gebühren. Belegungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter Nr. 6378 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich:
H. v. Scharre in Halle.
Erscheinenszeiten von 10 1/2 bis 12 Uhr.
Herausgeber: Sebastian Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.

Anzeigen
werden bei Spaltenzeile oder deren
Raum mit 20 Pfg., sechs aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
mit allen Anzeigengebühren und allen
Anzeigen-Expeditoren angenommen.
Reklamen die Seite 75 Pfg.
Besonderlich inoffiziell;
Sonntags und Montags einmal,
(somit zweimal täglich).
(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 539.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 16. November

1901.

Politische Wochenschau.

Geld ist viel, sehr viel; je weniger man davon hat, desto
mehr spürt man, wie viel es ist! Die goldne Weltzeit gilt
nicht nur für den Einzelnen, weil bloß für den Geldbesitzer,
sondern für die Regierung, trotzdem diese aus dem
großen Anteil der Steuerzahler ihre Bedürfnisse decken
und die Möglichkeit in Händen haben, bei ihren Bürgern
Ansprüche an allen Völkern zu suchen. Die lebhaftesten
finanziellen Klagen, die in diesen Tagen aus allen Ecken
des Reiches kamen, lieferten davon Beweis. Trotz der letzten Jahre,
in denen der Staatseinkauf sich weidlich erholte konnte an dem
goldenen Zuflusse den Wandel und Wandel den Lenden brachte,
fehlt es allenfalls nicht und die Finanzminister sind in heller
Verwirrung, wobei sie die Mittel nehmen sollen, welche die
Bedürfnisse des Landes von ihnen erfordern. In der bayerischen
Kammer der Abgeordneten klagte man über die schwere Last
der Zeit in eben denselben bescheidenen Tönen, wie im schärfsten
Landtag über die schwere Zeit der finanziellen Noth, und
auch aus der preussischen und Reichs-Kammer wurden
fortgesetzt Stimmen laut, welche die Kunde von Willens-
schwächen im Land tragen, gewissermaßen als Vorwahnsmittel
gegen die immer effensünder werdende Absicht der Einzel-
staaten, auf einer oder, wenn's nicht ansteht, gleich an
mehreren neuen Reichsrenten Erhöhung zu suchen. Die
Reinigung, noch höhere Maßstabverträge als bisher zu zahlen,
ist ganz außerordentlich gering, andererseits aber besteht auch
bei der Reichsregierung durchaus keine Meinung dafür, eine
neue Steuererlässe aufzustufen, wohl weil man sich nicht verschämt,
daß es ein eigen Ding damit ist, in einer Zeit, wo alles
Streben sich auf dem Punkte einer allgemeinen Lebensmittel-
vertheuerung vereint und andererseits die Erwerbsgelegenheiten
ganz außerordentlich darniederliegen, das Volk auch noch durch
neue Abgaben zu belasten.

wenigleich der Optimismus, mit dem Lord Salisbury sowohl
wie Brodrick zu Werke gingen, sich schwerlich behaupten
dürfte. Der Entschluß der englischen Regierung, neue Kruppen
aus dem Kriegesplan zu entfernen, beweist deutlicher denn
alles andere, daß es eine Verengung und vor allem an eine
tiefergehende Verengung des Feldzugs noch bei weitem nicht zu
denken ist, und so wenig sich die Nachrichten über die Ein-
leitung von Friedensverhandlungen befähigt haben, so wenig
wird die Zuerückziehung der englischen Staatsmänner jemals
persecutiert werden. Frankreich hat seinen Konflikt mit der
Italien ungleich schneller zum Abschluß gebracht; es hat erreicht,
was es wollte, und den Sultan zur Nachgiebigkeit gezwungen.
Die geheimsten Wünsche aber, die darauf hinauslaufen, setzen
auch ein Bedauern zu seinen, das sich wiederholen
müssen, weil England trotz seiner Bundesgenossenschaft davon
nichts wissen wollte und auch England trotz seiner Ohnmacht
Wiederstand machte, zu protestieren. Fast hätte sich daraus wieder
eine kleine Höhe der französischen Presse gegen Deutschland
entwickelt, aber der wahre Sachverhalt wurde zeitig genug
effektiver, um diese Absicht in ihren ersten Anfängen zu ersticken.
Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben, dürfte man auch in
Paris hinsichtlich der kleinasiatischen Pläne denken und ein-
zuweisen noch kein, das erlangt zu haben, was zu fordern man
zunächst berechtigt war. Der Großkrieg dürfte freilich auch,
als er die verlangten Entschädigungen anwies, genügt haben;
Geld ist viel, sehr viel; je weniger man davon hat, desto
mehr spürt man, wie viel es ist." Sch.

man will. Darum seien Sie ruhig, denn Einigkeit macht stark!
Es bleibt abzuwarten, ob diese Mahnung fruchtbar wird.
\* Die Unwissenheit des Geliebten der süda-
merikanischen Republik, Dr. Leyba, in Berlin hat
unterdessen zu zahlreichen Kommentaren Anlaß gegeben.
Zunächst ist er mit den amtlichen Stellen des Reiches überhört
in seine andere Beziehung getreten, als daß er bei den Herren
Groß Blum, Freilich, v. Helldorf und v. Moltke, die er
eine Karte abgab, worauf dann die genannten Staatsmänner
sich mit gleichen Höflichkeit erwiderten. Sein Berliner
Aufenthalt hielt hauptsächlich bei der unter Leyba der
geheimen Männer, Deutschlands geliebten Begünstigung eines
Burenkaiserthums in Zusammenhang, der bereits in den
nächsten Tagen mit einem Aufsatze an die Öffentlichkeit treten
wird. Leyba's ist Dr. Leyba hinsichtlich des Krieges durchaus
abwöhnlich; die letzten Nachrichten, namentlich aus der
Kapitulation, lauten überaus günstig. Auch besteht der Geliebte,
daß es ihm mit der ersten Hauptprüfung des
Burenkaiserthums leblich darum zu thun war,
in Absicht mit sich und seinem Volke jeden Versuch abzulehnen,
als hätten sie nicht jeden Schritt verurteilt, der zu einem tieferen
Ausgange führen konnte. Von der Unmöglichkeit dieses
Schrittes ist natürlich auch Dr. Leyba vollkommen überzeugt.

Parlamentarisches.

\* Ueber das Verhältnis Bayerns zum Reich fanden in
der bayerischen Kammer der Abgeordneten bei der gestrigen
Beratung über die allgemeine Finanzreform interessante
Erörterungen statt. Der Abgeordnete v. Helldorf, die
Finanzlage ist nicht so schlecht, doch man fräuen muß. Der
Etat ist vorzüglich angelegt. Mit der nationalen Haltung der
bayerischen Ministerien, wie mit der Vertheilung der Reichs-
rechte sei keine Partei zu ziehen. Finanzminister Dr. Freilich
v. Helldorf warnte davor, die Finanzlage zu rosig darzustellen.
Sedenfalls sei im Hinblick auf den Rückgang der Einnahmen bei
der Bewilligung neuer Ausgaben Vorsicht geboten. Das
der Selbsttrag beim Reichstag betreffe, so sei die
Zahlungsbilanz, in der von einem Gehalt von 140
Millionen die Rede sei, unbedingt irrig. Der Gehaltstag
werde die von Staatssekretär des Reichsfinanzamts angegebene
Sätze nicht überschreiten. Die bayerische Regierung rechne
bestimmte das Zustandekommen einer Reichsfinanzreform,
da die jetzigen Verhältnisse zwischen dem Reich und den Einzel-
staaten auf die Dauer nicht haltbar seien. Staatsminister Freilich
v. Helldorf erklärte, daß die angelegte Vertheilung
des Reichsrenten: „Ich lasse mich nicht abweisen“, nicht
gefallen sei, und zwar deshalb nicht, weil niemand
diesem Zweck, als drei Millionen, der Reichstag, daß
die bayerische Regierung im Bundesrat eine schwache Stellung
einnehme, ist ganz ungenügend. Es stellt in der Frage der
Militär-Stratzenprozedur eine von einer schwachen
Stellung keine Rede sein. Schritte zu Gunsten der Buren
so sehr dies auch im Interesse der tapferen Buren zu
bedauern sei. Die Zugehörigkeit Bayerns zum Reich
für Bayern selbst ein großer Vortheil. Jolitz
hätte Bayern größere Opfer zu tragen bei geringerer
Eigenschaft. Eine Weltmachtpolitik könne das Deutsche
Reich heutzutage nicht mehr umgeben wie einst Großösterreich.
Der Minister betonte dann, daß im Bundesrat niemals Streitig-
keiten vorkämen, sondern nur Meinungsverschiedenheiten, über
die man nicht in parlamentarischen, sondern in diplomatischen
Tönen verhandeln und die man nicht an die große Glocke hänge.
Was die Angelegenheit an den Kaiser betrafte, so sollte
man sich freuen, daß der deutsche Kaiser seine Aufgabe so
energievoll erweise und sich schließlich vollständig zu stellen
erläube. Bayern werde allezeit treu zum Reich stehen.
Darauf wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Deutsches Reich.

Dies- und Verlautbarungen.
\* Der Reichsanwalt vertritt die Trennung des
Groß-Oberregierungspräsidenten Wilhelm zum Präsidenten des
Reichlichen Amtes.

Politisches.

\* Mit dem offiziellen Schwitzen betreffs der Protest-
bewegungen gegen Chamberlain's Verleumdungen
der deutschen Kriegführung von 1870/71 hat es seine Richtigkeit.
Es ist nicht der Vorwand des Deutschen Krieges in einer
Weise an die Regierung erklärt, er habe die erwiesenen
Gründe zu der dringenden Bitte an die Vertheilung, sich jeder
Rundgebung in dieser Angelegenheit zu ent-
halten. Es sei nicht Sache der einzelnen Soldaten oder der
Kriegervereine, Angriffe gegen die deutsche Kriegführung zurück-
zuweisen, sondern muß, falls dies für notwendig gehalten
werden sollte, einzig und allein der berufenen Vertretung der
deutschen Reichsrat überlassen werden, zumal wenn es sich um
den Minister einer fremden Regierung handle. — Auch die
Reichsblätter veröffentlichten eine gleichlautende offizielle
Aussage gegen die Protestbewegungen zu den eben
Vertheilungen des Ministers Chamberlain. In den offiziellen
Mittheilungen wird angegeben, daß die Protestbewegung voll-
kommen bezeugt ist und das Gefühl, aus dem die Protest-
bewegungen hervorgegangen sind, im ganzen deutschen Volke
getheilt wird. Im weiteren Verlauf des Artikels wird dann
aber ausgeführt:

\* Troppen dürfen wir und durch die Enttäuschung über die
Geldmangel Rede nicht in eine allgemeine politische Bewegung
gegen England hineinzuziehen lassen. Man hat gefordert, daß
die deutsche Regierung bei dem englischen Parlament hätte
protestieren und Genugthuung verlangen könnte. Das heißt weit
über das Ziel hinausgeschossen. Chamberlain ist nicht die eng-
lische Regierung und ist noch weniger England. In ganz
gleichem Maß wie Deutschland sein sich England, Dester-
reich, Italien und Frankreich, und die Chamberlain-Bewegung
bestehen hat. Keine dieser Regierungen hat es für vornehmlich
gehalten, mit lauten diplomatischen Noten auf hällische
Ausreden eines Ministers in bedrängter Gewissens-
lage zu reagieren. Die öffentliche Meinung in Frankreich ist
mit keinem Spott darüber hinweggegangen, der sich bald
schlecht verhalten um Freunde verwenden würde, wenn ganz Deutsch-
land mit dem Reichsamt an der Spitze auf den vorgelegten
einen Spieß eines englischen Stoffes los-
rennen wollte.
Diese amtliche Unterbindung der Protestbewegung dürfte moment-
lich jetzt, wo sie in vollen Gang gekommen ist, den in den
welksten Kreisen der Bevölkerung vorhandenen Unmuth noch
vergrößern, denn die Sympathien für die Buren und die Ab-
neigung gegen England sind zu stark, als daß sie sich
reglementieren ließen und vor diplomatischen Er-
wägungen zurückweichen könnten.

\* Das Organ des Bundes der Landwirthe vertritt die schon
im gestrigen Morgenblatt zum Ausdruck gebrachte Auffassung
abends in beständiger Grabe, daß der Zolltarif unzureichend
ist, wie er nunmehr aus dem Bundesrat hervorgegangen ist, für
die Vertreter der Landwirtschaft (schonlich unannehmbar)
ist. Die anderen konservativen Mitglieder sind sich sehr zu-
rückhalten. Dr. Freilich ist hinsichtlich der Aufrechter-
haltung des Minimumtarifs schon mit der Zustimmung
eineser Komitendirektoren zu rechnen; sie glaubt Gründe an der
Annahme zu haben, daß die große Mehrheit der konservativen
Fraktion mit Rückhalt auf der gezielten Festlegung von
Minimumtarifs bestehen werde. Neuerdings scheint auch wieder,
was aus gewissen Vorbestimmungen in einigen Volkskreisen, in denen
demnach Neuwahlen stattfinden, hervorgeht, zwischen dem Bunde
und den Konservativen ein gespanntes Verhältnis eingetreten
zu sein. Hierzu läßt auch eine charakteristische Aeußerung des
Herrn v. Manteuffel auf der vorgeschlagenen Hauptversammlung
der märkischen Komitendirektoren schließen, die die „Kreuzzeitung“
folgt, wiederholt: Zum Schluss mahnte der Redner be-
sonders die Abgeordneten, auf Deck zu sein, und auch mit den
verbundenen Mitgliedern des Bundes der Landwirtschaft Einig-
keit zu halten. „Ich betrachte ihn ja als einen intercedenten
Theil der konservativen Fraktion — oder auch umgekehrt, wie

Parlamentarisches.

\* In Belgien hat sich am 13. d. M. ein auf dem Boden
der republikanischen Verfassung stehender Liberaler
Partei in Belgien, dessen Vorstand aus dem Herren Reichs-
anwaltschafts-Rath, Reichsanwalt Justizrat Dr. Under,
Rechtsrat Karl Zimmermann und Kaufmann Grimm besteht.
Der Vorstand des Bundes der Landwirthe hat, wie
sein offizielles Organ jetzt mittheilt, an sämtliche Provinzial-
Landes- und Kreisverbände des Bundes ein Schreiben ge-
schickt, in dem er sehr Bedauern über die bekannten Beschlüsse
der Ausschüsse des deutschen Landwirtschaftsvereins und des
preussischen Landwirtschaftsvereins ausdrückt und zum
Schluss erklärt, es erwidere jetzt, doppelt geboten, an den
bisher erhobenen Forderungen der Landwirtschaft unter
allen Umständen festzuhalten und sämtliche Forderungen
der Industrie, so sogar den ganzen Zolltarif-
Gesamtarbeit abzulehnen, wenn es nicht gelingt, sämtliche
Forderungen der Landwirtschaft, wie der Bund der Land-
wirthe sie formuliert hat, im Minimumtarif gesetzlich festzusetzen.
Die Vertrauensmänner des Bundes im Lande werden ersucht,
in allen Verhandlungen des Bundes die besten Standpunkte
mit den vor größten Nachdruck zu vertreten.

Es würde wenigstens ein Widerspruch, wie er gleich ge-
schrieben wurde nicht oft vorkommt, wenn die Regierung,
die eben noch allgemeine Erhebungen über den Luftrag
der Arbeit ist, daß ein wirtschaftlicher Reichthum vorhanden
ist aber sich vorerlaubt, dessen ungeachtet neue Steuererlässe
erzählen wollte, die auch der ganzen Natur unserer Steuer-
erhebung und in Anbetracht der Ehen, welche an den maß-
gebenden Stellen vor einer direkten Steuer besteht, doch nur
wieder aus Verbrauchsgegenständen fließen würde. Man lieb-
augelt viel zu lange schon mit Bier und Tabak, als daß nicht
zu bestreiten läge, man werde diese Artikel des Volksumsatzes
eines jöhnen Stücks dazu bringen, um die Einnahme im Staats-
haushalt zu flüssig zu gestalten und deshalb besteht ein
lebhaftes Interesse daran, daß die schon angebotenen Ermitt-
lungen über den Luftrag der Arbeitseinführung vorgenommen
werden in einer Weise, die auch ein zufriedenes Bild von den
tatsächlichen Verhältnissen giebt. Hier man überall so ver-
fährt, wie in der Provinz Sachsen, wenn in Halle, wo das
Arbeits der Männer vom grünen Tisch mehr sagt als das der
Leute, die mitten im gewerblichen Leben stehen und seinen
Vollschlag fortgesetzt fühlen, dann wird allerdings bezüglich wenig
bei der Enquete herauskommen und die Abneigung gegen neue
Steuern konnte sich doch leicht im Gegenbild vermindern.
Wenigstens würde das ganz zur gegenwärtigen Regierungs-
politik passen, denn eine Regierung, die trotz des allenthalben
wahrnehmbaren Niederganges der wirtschaftlichen Konjunktur,
trotz der Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse sich zu ent-
schließen vermochte, auf einer so beträchtlichen Erhöhung der
Zölle auf alle, auch die notwendigen, Nahrungsmittel zu
bestehen, wie sie im Zolltarifentwurf zum Ausdruck kommt, würde
auch vor einem Schritt weiter, und wäre er noch so unglücklich,
nicht zurückweichen. Bedauerlicher oder vielmehr befremdlicher
war hat sich in diesen Tagen auch der Bundesrat auf ihren Standpunkt
gestellt und den Tarifentwurf agrarischer Provenienz fast un-
verändert angenommen. Doch darf in Agraria große Genug-
thuung herrscht, läßt sich denken, aber demgegenüber fordert
man immer weiter und versucht auch die spärlichen Zoll-
ermäßigungen noch zu hinterziehen, zu denen der Bundesrat
sich bereitgestellt hat. Man hat nun abzuwarten, was der
binnen kurzen zusammenzutretende Reichstag dazu wie zu dem
Tarif überhaupt sagen wird; so leicht, wie die Agraria sich
das denken, wird er ihnen die Erreichung ihres Zielles doch
nicht machen und wir glauben, sie werden noch Monate langer
Angelegenheit und Sorge verleben müssen, ehe sie Genüßheit haben,
ob ihr Ahtentat an dem Volkswohlstand gelangen ist. Zeit
genossen alles gewonnen, heißt es für die Fremde neuer
Handelsverträge aus hier, und wenn es gelingt, die Zollfrage
in die künftige Wahlperiode, die letzte Entscheidung über den
Zolltarif vor den kommenden neuen Reichstag zu bringen, dann
dürfte es doch auch sehr fraglich erscheinen, ob es den immerwähren
Hochschollen Oelbienen und anderer Gegenstände gelangen wird,
ihre Lasten auf Kosten des Volkes zu füllen und das Reich
in eine Aera von Zollkriegen zu stürzen. Schon in nächster
Zeit wird man ja das Gemmel auf die Probe machen können,
und zwar in unserer Nachbarprovinz Westfalen-Bitterberg-Schwelgern,
wo sich Konteratve und Bundesgewalt triffen, einen der
ihren zur Nachfolge des verstorbenen Siemens im Reichstag
zu verweisen. Auch im schärfsten Wahlkreis Döbeln gilt man
vor einer Neuwahl und man kann schon jetzt mit einiger
Sicherheit voraussetzen, daß den Nationalparlament das Mandat
zu Gunsten der Sozialdemokraten verloren gehen wird.
Von Ausland war in dieser Woche nur wenig von Be-
deutung zu melden. Die Engländer, die demnachst folgenden
einen neuen deutschen Vorkauf an Stelle des in den
Rückstand getretenen Grafen Dagsied zu begrüssen haben
werden, hatten das Vergnügen, aus eigenen Reihen
über leitenden Staatsmänner neue Anversicht über
den Ausgang des Krieges in Südafrika schöpfen zu können,





